

## Dafür stehen wir ein...“ - Wehrhafte Demokratie im 21. Jahrhundert

ERÖFFNUNGSREDE ZUM JUGENDKONGRESS 2008

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Lieber Thomas Schneider,

vielen herzlichen Dank für die freundlichen  
Begrüßungsworte!

Lieber Herr Dr. Arnold, lieber Herr Kleine-  
Kranenburg,

vielen Dank für die Einladung!

Sehr geehrte Damen und Herren Gäste, lie-  
be Kolleginnen und Kollegen, liebe Freun-  
dinnen und Freunde,

es freut mich sehr, heute Vormittag bei Ih-  
nen zu sein und diesen Kongress eröffnen  
zu dürfen.

Noch mehr freut es mich, dass Sie alle heu-  
te hier in so großer Zahl erschienen sind. -  
Allein durch Ihr heutiges Interesse bekun-  
den Sie Ihr Interesse an unserer Demokra-  
tie.

Und wer ein Interesse an etwas hat, von  
dem kann ich auch annehmen, dass er (,  
dass sie), bereit ist, „dafür einzustehen“.

Ganz so legt es der Titel dieser Veranstal-  
tung nahe: »Dafür stehen wir ein... - wehr-  
hafte Demokratie im 21. Jahrhundert«.

Im Programm für den heutigen Kongress  
steht gleich zu Anfang ein wichtiger Satz:  
„Demokratie ist nicht selbstverständlich.“

Dies ist nicht nur einfach so dahingeschrie-  
ben, etwa so leichtfertig wie manche in die-  
sen Tagen mit dem Begriff der Demokratie  
in diesem Land umgehen. Nein, dies ist ein  
- bedauerlicher – empirischer Befund.

Ein großer Teil der Weltbevölkerung lebt  
nicht in Demokratien – im Gegensatz zu  
uns, die dieses kostbare Gut anscheinend  
nicht immer zu schätzen wissen. Wie sonst  
könnte es sein, dass selbst ein bekannter  
Schauspieler in der vergangenen Woche die  
Bundesrepublik als „nicht demokratisches  
System“ öffentlich anprangert.

Ich muss Ihnen sagen, dies finde ich sehr  
erschreckend. Nicht etwas weil ich dieses  
Urteil etwa teilen würde. Nein - mitnichten!  
Sondern, weil er auch noch das höchste Amt  
in unserem Staat damit anstrebt.

Ich persönlich fürchte,

- dass diese Person, nicht bereit ist,  
diese Demokratie zu verteidigen,

und

- dass sie eben nicht dafür einsteht,  
sondern sie auf diese Weise leider  
leichtfertig mies macht und so herun-  
terredet.

Umso mehr erschreckt mich dies, wenn die-  
se oder ähnliche Aussagen auch von ande-  
ren Personen stammen, die es auf Grund  
ihrer Lebenserfahrung wirklich besser wis-  
sen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**BONN**

STAATSMINISTER

HERMANN GRÖHE

**31. Oktober 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/jugendkongress2008](http://www.kas.de/jugendkongress2008)

Personen,

- die in einem Land gelebt haben, das sich demokratisch nannte,

Und Personen,

- die von dieser angeblichen „Demokratie“ sogar vor langer Zeit in einer Art verfolgt wurden, wie wir es uns in diesem Staat mit seinen Maßstäben nicht vorstellen können.

Ich fühle mich dabei auch ganz persönlich berührt. Die Tatsache, dass ich mich in dieser – nunmehr gesamtdeutschen Bundesrepublik – in der Schülervvertretung engagieren durfte, mich in der Jungen Union politisch betätigen konnte und nicht zuletzt, dass ich meinen christlichen Glauben frei und ohne Ressentiments leben darf, verdanke ich dem Mut meiner Eltern. Sie waren es, die 1958 den Mut hatten und die Chance ergriffen, Leipzig zu verlassen und in die Bundesrepublik zu flüchten.

Ich weiß von meinen späteren Besuchen noch sehr genau, dass meine Vettern und Cousins ganz praktisch erleben durften, wie es ist, wenn ein Land sich nach außen „demokratisch“ nennt, sich aber nach innen vollkommen undemokratisch verhält.

Meine Vettern und Cousins konnten sich nicht politisch frei in Schule und Gesellschaft engagieren. Sie mussten sich sogar die Frage stellen, ob sie zur Konfirmation gehen. Aber nicht etwa aus Glaubensgründen, sondern in der Abwägung welche persönlichen Konsequenzen dieses Glaubensbekenntnis für ihren Schul- und Berufsweg haben würde. Für mich war diese Entscheidung meiner Eltern sicherlich ein „Glücksfall“. Aber Demokratie darf nicht allein auf Glück hoffen.

Dass so etwas in Deutschland passierte, ist nicht so lange her – auch wenn es für manchen von Ihnen – bei einem Jugendkongress scheint mir dies nur allzu logisch – schon sein ganzes Lebensalter umfassen mag. Man kann es in diesen wirtschaftlich turbulenten Tagen nicht oft genug sagen –

allerdings muss man dann auch danach handeln:

- Demokratie ist etwas Kostbares!
- Etwas, das bewahrt werden will,
- verantwortungsvoll gepflegt und
- – wenn nötig – verteidigt werden muss.

Wir sind – schauen wir zu unseren Nachbarn nach Frankreich oder etwa in die Schweiz – oder aber auch in die unlängst oft gescholtenen Vereinigten Staaten von Amerika – immer noch eine relativ junge Demokratie.

Und wir sind ein Land – dies darf man in einem Institut, das den Namen Gustav Stresemanns trägt sicherlich auch sagen – wir sind ein Land, in dem Demokratie bereits vor einigen Jahrzehnten verspielt worden ist.

Dies legt uns große Verantwortung auf!

Übrigens, eine Verantwortung, der auch die Konrad-Adenauer-Stiftung nachkommt, aber dazu gerne später mehr.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

unsere Verfassung hat die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Und unsere Verfassung, das ist nicht nur ein Bekenntnis, sie wird auch gelebt.

Das Grundgesetz garantiert ein klares Werte-Fundament und bekennt sich zu Menschen- und Freiheitsrechten sowie zu rechtsstaatlichen Prinzipien.

Unsere Demokratie ist wehrhaft und streitbar!

Der Begriff der „wehrhaften Demokratie“ spiegelt ein Grundverständnis der Demokratie in Deutschland wider.

Erlauben Sie mir nur ein paar kurze Ausführungen dazu, welche verschiedenen rechtspolitischen Instrumente beispielhaft in unse-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

STAATSMINISTER  
HERMANN GRÖHE

31. Oktober 2008

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/jugendkongress2008](http://www.kas.de/jugendkongress2008)

rem Grundgesetz zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie enthalten sind:

Etwa Artikel 79 Absatz 3, die sogenannte Ewigkeitsgarantie, erklärt wesentliche Teile des Grundgesetzes für unveränderbar. Dies gilt für die Menschenwürde, die Rechts-, Bundes- und Sozialstaatsstruktur.

Ein – jedenfalls in den Anfangsjahren der Bundesrepublik – wichtiger Schutzmechanismus der Verfassung vor demokratiefeindlichen Bestrebungen ist die Möglichkeit von Parteiverboten – immer wieder öffentlich kontrovers diskutiert:

Gemäß Artikel 21 Absatz 2 sind politische Parteien verfassungswidrig, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“.

Von der Möglichkeit eines Parteiverbotes wurde in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher nur zweimal Gebrauch gemacht:

- 1952 bei der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und
- 1956 bei der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Hingegen scheiterten die Verbotsanträge von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag gegen die NPD im Jahr 2003 an eben der Instanz, die in den 50-er Jahren die Parteiverbote durch die junge Bundesrepublik aussprach – am Bundesverfassungsgericht.

Ich weiß, dass viele – sicherlich auch in diesem Raum – diese Entscheidung nicht teilen. Und ich persönlich bin der Auffassung, dass wir uns der NPD mit den uns zur Verfügung stehenden demokratischen und rechtstaatlichen Mitteln erwehren sollten.

Der Befund sagt aber auch aus, dass das höchste deutsche Gericht uns mehr als im ersten Nachkriegsjahrzehnt zutraut, extre-

mistische Tendenzen in erster Linie politisch zu bekämpfen.

Die Menschen müssen mit guten Argumenten davon überzeugt werden, dass die einfachen Antworten, die politische Extremisten gerne anbieten, der Realität nicht standhalten. Ein Parteiverbot kann nur die „ultima ratio“ sein.

Auch die Möglichkeit von Vereinsverboten gehört in diesen Zusammenhang: Im Gegensatz zum Parteiverbot wurde von dem Instrument des Vereinsverbotes, häufiger Gebrauch gemacht.

(Zum Beispiel:

In den 1980-er Jahren Verbote der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“;

später Verbot der „FAP“ und der „Nationalistischen Front“;

Aktuelle Beispiele:

Im Mai dieses Jahres Verbot des Vereins „Collegium Humanum“ und

des „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“,

In diesem Monat:

Bundesweite Durchsuchungen im Zusammenhang mit einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen die „Heimattreue Deutsche Jugend“).

Natürlich gilt auch hier, dass Verbote die politische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Extremismus nicht ersetzen können. Aber Vereine lassen sich leichter gründen und stehen weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit als politische Parteien. Daher kann das Verbot hier eher eines der Mittel sein.

Weitere Bestimmungen zum Schutz der Verfassung finden sich auch noch zum Beispiel in Artikel 5 Absatz 3, der die Freiheit der Lehre an die Treue zur Verfassung bindet

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**BONN**

STAATSMINISTER  
HERMANN GRÖHE

**31. Oktober 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/jugendkongress2008](http://www.kas.de/jugendkongress2008)

und einen Missbrauch der Lehre durch Extremisten verhindern soll.

Lassen Sie mich hier nochmals im Zusammenhang mit unserem heutigen Gastgeber, der Konrad-Adenauer-Stiftung ansetzen. Denn ich möchte mit Ihnen jetzt keine „Paragraphenreiterei“ durch unser Grundgesetz zur Einführung veranstalten – noch dazu in Anwesenheit des Verfassungsministers.

Forschung und Lehre möchte ich aber dennoch hier noch betonen. Denn sie leisten ein Beitrag dazu, dass eine aufgeklärte, gebildete und informierte Gesellschaft, die Voraussetzungen besitzt, ihre demokratischen Werte zu kennen und zu bewahren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet hierzu – genauso wie die meisten anderen politischen Stiftungen – einen wichtigen Beitrag.

Diese Stiftung trägt übrigens „erst“ seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ hervor. Die KAS-Gründer hatten vor allem die Absicht, den Weg zu einer Bildungsstätte zu ebnen, in der staatsbürgerliche Bildung auf demokratischer Grundlage verwirklicht werden sollte.

Sie wollten mit dem noch heute existierenden Bildungszentrum „Schloss Eichholz“ in Wesseling eine „Ausbildungs- und Schulungsstätte“ errichten, um eine breit gefächerte Bildungsarbeit

- über die Grundsätze der Demokratie,
- über innen- und außenpolitische Probleme und
- über die Prinzipien christlich-demokratischer Politik

durchzuführen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

eine Demokratie braucht Demokraten! Auch dies ist eine Lehre aus der „Weimarer Republik“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihre befreundeten Stiftungen aus dem de-

mokratischen Spektrum haben dies erkannt. Sie bemühen sich den Kreis der Demokraten in unserem Land, aber auch darüber hinaus in der Welt zu vergrößern.

National und international setzt sich die KAS durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein.

- Die Festigung der Demokratie,
- die Förderung der europäischen Einigung,
- die Intensivierung der transatlantischen Beziehung und
- die entwicklungspolitische Zusammenarbeit

sind ihre besonderen Anliegen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Demokratie will aber nicht nur präventiv gesichert sein. Sie muss sich auch verteidigen, wenn sie angegriffen wird. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist immer noch vorhanden.

Gerade Demokratien sehen sich daher vor die schwierige Aufgabe gestellt, eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bürger und gleichzeitig Voraussetzung für individuelle Entfaltung und Lebensqualität.

Der Wunsch nach größtmöglicher Sicherheit einerseits und möglichst weitgehender individueller Freiheit andererseits beschreibt ein Spannungsverhältnis. Nicht immer ist es einfach, hier einen Maßstab oder ein objektives Kriterium zu finden.

Ich meine, unser Maßstab müssen unsere demokratischen Grundwerte sein. Sie gilt es zu verteidigen; für sie wollen wir „Sicherheit“.

Nirgendwo hat der Einzelne größere individuelle Entfaltungsmöglichkeiten als in einem demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Staat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**BONN**

STAATSMINISTER

HERMANN GRÖHE

**31. Oktober 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/jugendkongress2008](http://www.kas.de/jugendkongress2008)

Diesen freiheitlichen Staat zu schützen und zu verteidigen, bedeutet auch den größtmöglichen Schutz der Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Freiheit ist nicht nur ein Abwehrrecht gegen den Staat, sondern auch eine demokratische Mitgestaltungspflicht. Jeder Einzelne muss Freiheit und Rechtsstaatlichkeit als Grundidee mittragen.

Die Bundesregierung begegnet den Herausforderungen mit einem vernetzten Ansatz von Sicherheitspolitik – auch dieses Thema wird Sie heute ja noch beschäftigen:

Sicherheit kann nicht allein polizeilich oder militärisch gewährleistet werden. Wenn wir an den ISAF-Einsatz in Afghanistan denken, sehen wir, dass militärische Absicherung, zivile Krisenreaktion durch Polizeikräfte, Justiz- und Verwaltungsfachleute sowie ziviler Wiederaufbau sich ergänzen müssen.

Übrigens, auch hier ist die Konrad-Adenauer-Stiftung vor Ort und müht sich im praktischen „Demokratie-Export“.

Das Beispiel Afghanistans zeigt zugleich, dass globale Herausforderungen nicht nationalstaatlich gelöst werden können, sondern gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und jenseits von Europas Grenzen.

Die Vereinten Nationen, die NATO und die EU sind die Foren, die uns diese Vernetzung nach außen ermöglichen. Gute Sicherheitspolitik bedeutet auch, auf Risiken und Gefahren vorbereitet zu sein. Dabei kommt es darauf an, auch realistisch zu bleiben: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Aber das darf kein Grund sein, sich einer vorausschauenden und umfassenden Vorbereitung auf mögliche Gefahren zu verweigern.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

in Zeiten terroristischer Bedrohung wird uns immer wieder vor Augen geführt, dass oft schnelles und effektives staatliches Handeln unabdingbar ist. Zur Abwehr von Gefahren müssen die staatlichen Sicherheitsstrukturen ohne Wenn und Aber funktionieren. Hie-

rarchische Strukturen, klare rechtliche Vorgaben sowie eine unzweifelhafte Verbindlichkeit staatlicher Anordnungen sind in solchen Situationen unverzichtbar für eine erfolgreiche Bewältigung von Bedrohungen.

Dies alles setzt voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger hinter dem Staat stehen, seine Legitimität anerkennen und ihn stützen. „Dafür stehen wir ein“ lautet Ihr Motto heute, kann ich da nochmals wiederholen.

Nur diese Verbundenheit kann die Grundlage für Akzeptanz von Politikgestaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern sein. Manchem mag ein demokratischer Staat angesichts gefährlicher Lagen wie zum Beispiel der Anschläge vom 11. September 2001 schwach erscheinen. Ich meine: Wer so denkt, irrt.

Demokratie - die Legitimation der Staatsgewalt durch die Bürger – macht stark. Eine demokratische Gesellschaft ist besser in der Lage, Konflikte und Krisen auszuhalten und gesellschaftliche Probleme gerecht zu lösen als andere Staatsformen. Denn das Wesen von Demokratie besteht darin, Konflikte und Herausforderungen zivilisiert und geordnet zu lösen. Auch wenn sie hart und konsequent reagiert, wird eine Demokratie dies mit Selbstbeschränkung und Augenmaß tun.

Demokratische Werte sind also kein Luxusgut, das man über Bord werfen könnte, wenn die Situation brenzlich wird. Im Gegenteil, gerade dann muss man sich auf diese Werte besinnen und nach ihnen handeln. Denn nur dann bleibt Demokratie glaubwürdig – ich denke hier noch mal insbesondere an den Kampf gegen die internationale terroristische Bedrohung. Vieles können wir mit Gesetzen regeln. Diese aber mit Leben zu füllen ist unser aller Aufgabe.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Kongress als Chance hierzu sehen würden. Wenn Sie ihn zugleich als Angebot sehen würden, sich aktiv politisch zu engagieren – und Demokratie, Politik nicht passiv nur zu konsumieren, sondern eben selbst mit zu gestalten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**BONN**

STAATSMINISTER

HERMANN GRÖHE

**31. Oktober 2008**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/jugendkongress2008](http://www.kas.de/jugendkongress2008)

Sie haben in dieser Republik – egal was man Ihnen über eine andere deutsche „Republik“ erzählt, die sich „demokratisch“ nannte – die Chancen und Gelegenheiten dazu.

Eine Demokratie braucht Demokraten!

Lassen Sie diese Chancen bitte nicht ungenutzt oder geben sie aus der Hand an radikale Kräfte! Nur wenn den Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist,

- dass Freiheit und Menschenrechte,
- Rechtsstaat und Pluralität,

das Fundament sind, kann unsere Demokratie sich „wehren“ gegen Kräfte, die auf Fanatismus und Unfreiheit gründen.

Ich freue mich,

- dass Sie deshalb hier sind,
- dass Sie mit der Adenauer-Stiftung einen

Gastgeber haben, der dies genauso teilt, und wünsche Ihnen einen interessanten Tag, der Sie persönlich und uns als Demokraten in der Demokratie weiterbringt!

(Danke.)